

»Wir führen den Kampf gegen den Faschismus unter der Fahne unseres Freiheitsprogramms mit der Losung des Kampfes für die soziale und nationale Befreiung.«

#### ■ THÄLMANNS ANTWORT AUF DEN VORMARSCH DER HITLER-PARTEI

In den Wochen der Krankheit Thälmanns wurde die Parteiführung von Franz Dahlem, Heinz Neumann, Leo Flieg, Hermann Remmele und Walter Ulbricht ausgeübt. Hermann Remmele nahm ab 12. November gemeinsam mit Wilhelm Pieck an einer Redakteur-Delegation teil, die bis 23. Dezember mehrere Städte der Sowjetunion bereiste.<sup>138</sup> Für die KPD wurden diese Wochen ohne Thälmanns Führung eine schwierige Periode.

Im Politbüro und Sekretariat standen taktische Entscheidungen an. Sie betrafen die Weiterentwicklung der von Thälmann entwickelten Massenpolitik der Partei. Doch einige der in diesen Wochen gefassten Beschlüsse ignorierten Thälmanns Einschätzung der Klassensituation. Es gibt keine Unterlagen darüber, warum die Parteiführung bei diesen Beschlussfassungen Thälmann nicht konsultierte (wie das früher bei wichtigen Entscheidungen üblich war), oder ob es mit ihm zu Differenzen kam, die aus politischen Überlegungen heraus nicht öffentlich werden sollten. In der Parteiöffentlichkeit gab es keine Informationen über den Krankheitsverlauf Thälmanns. Paul Peschke, der im ZK-Apparat arbeitete, schreibt beispielsweise in seinen Erinnerungen, dass er Ernst Thälmann zu dieser Zeit in Moskau vermutete.<sup>139</sup>

Bei den zu treffenden Entscheidungen ging es erstens um die Zustimmung zu der Umwandlung der revolutionären Gewerkschaftsopposition in eigene, rote Gewerkschaftsverbände und zum zweiten um die Einschätzung des zweiten Brüning-Kabinetts. Die von Thälmann bisher verfolgte Taktik in der Gewerkschaftspolitik hatte darin bestanden, eigene Streikkämpfe gestützt auf die

revolutionäre Gewerkschaftsopposition und einen Vertrauensmännerkörper in den Betrieben zu führen sowie eigene rote Listen bei den Betriebsratswahlen aufzustellen, ohne auf die weitere Arbeit in den Gewerkschaften zu verzichten. Keinesfalls sollten eigene, rote Gewerkschaften gebildet werden, sondern es blieb die Aufgabe der RGO, um die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen zu kämpfen. Diese Position wurde von ihm nachdrücklich auch in Diskussionen im EKKI vertreten. Sie kollidierte mit der Taktik des Vollzugsbüros der RGI, das eine Orientierung auf die Bildung roter Gewerkschaften entwickelte. Wenn wir die Erinnerungen von Paul Peschke kritisch hinterfragen, so war diese Strategie nicht grundsätzlich falsch und erzielte in einigen Ländern Erfolge. Doch die internationale Gewerkschaftspolitik der RGI wurde von ihr nicht differenziert nach den konkreten nationalen und politischen Bedingungen angewandt. So wurden im RGI die spezifisch deutschen Klassenkampfbedingungen nicht akzeptiert. In seinem Bericht vor dem Politbüro über die Beschlüsse des V. RGI-Kongresses musste Franz Dahlem am 23. September zugestehen, dass sich die RGO-Delegation mit der Ablehnung der Bildung neuer Roter Gewerkschaftsverbände nicht durchsetzen konnte.<sup>140</sup> In den beschlossenen Thesen, die unter Mitarbeit von Fritz Heckert und Michael Niederkirchner ausgearbeitet worden waren, wurde festgelegt, die weitere Gewerkschaftsarbeit auf die Bildung revolutionärer Verbände zu konzentrieren.<sup>141</sup> Die Praxis der RGO-Arbeit in der folgenden Zeit bis 1933 bestätigt, dass die Zustimmung der KPD-Delegierten zu dieser Taktik falsch war. Paul Peschke, der im Oktober 1930 den von der RGO geführten Berliner Metallarbeiterstreik und nach dem Streik auch den RGO-Metallarbeiterverband leitete,<sup>142</sup> berichtet sehr detailliert, welche Widersprüche in der Praxis der KPD-Gewerkschaftsarbeit entstanden und warum diese RGI-Taktik, für die er Losowski ebenso wie Stalin verantwortlich machte, in Deutschland letztlich scheiterte.<sup>143</sup>

Die zweite Problematik betraf die Beurteilung des erreichten Grades der Faschisierung. Thälmann hatte den Brüning-Kurs mit

seiner präsidialen Notverordnungs politik im Zusammenhang mit dem Erfolg der Nazipartei als eine weitere Stufe im Prozess der Faschisierung bewertet. Die Partei orientierte vor seiner Erkrankung darauf, die während des Wahlkampfes bewährte Argumentation mit dem »Programm zur nationalen und sozialen Befreiung« fortzusetzen. Unter dem Einfluss von Heinz Neumann wurde diese politische Taktik während Thälmanns Abwesenheit ebenso vernachlässigt wie die notwendige ideologische Auseinandersetzung mit der Nazidemagogie. Das Brüning-Kabinett wurde unter Neumanns Einfluss bereits als faschistische Diktatur bewertet.<sup>144</sup> Thälmanns Meinung, das Brüning-Kabinett sei lediglich eine »Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur«, sollte zum Ausdruck bringen, dass der Prozess zur Formierung einer faschistischen Diktatur noch nicht abgeschlossen war. Doch in der falschen Anwendung des Faschismus-Begriffes durch die KPD ging diese Differenzierung in der Massenagitation seit dem Herbst 1930 in der Parteibasis immer mehr verloren.

Während des Berliner Metallarbeiterstreiks trat der Reichstag zusammen, um das »Finanz- und Wirtschaftsprogramm« des neuen Brüning-Kabinetts entgegenzunehmen.<sup>145</sup> Es erfüllte weitgehend die Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, wie Wilhelm Pieck im Namen der KPD-Reichtagsfraktion in seiner Rede im Plenum feststellte.<sup>146</sup> Die Sozialdemokratie erklärte sich bereit, Brünings Politik zu tolerieren, und mit ihrer Hilfe wurden alle Anträge der KPD im Reichstag abgelehnt. Zugleich festigte die SPD ihre Position in Preußen, wo Severing wieder das Innenministerium übernahm. Er berief den Mai-Mörder Zörgiebel als Polizeipräsident von Berlin ab und ernannte Albert Grzesinski zum Leiter »der im Augenblick wichtigsten Staatsexekutive«.<sup>147</sup> Der Reichstag vertagte sich mit Zustimmung der SPD um vier Monate und Brüning erhielt Zeit für die Vorbereitung seiner nächsten Notverordnung.<sup>148</sup>

Thälmann nahm weder im Oktober noch Anfang November an Politbüro- oder Sekretariatssitzungen teil. Er sagte auch seine Teilnahme an einer Beratung im EKKI ab. Er nutzte die Zeit seiner Abwesenheit von Berlin zum Umzug nach Hamburg-Eppendorf, in die Tarpenbekstraße. Es hatte ihn und Rosa viel Mühe bereitet, eine geeignete Drei-Zimmer-Wohnung und einen Hauswirt zu finden, der sie dem Kommunistenführer vermietete. In die neue Wohnung konnte nunmehr auch Rosas Vater aufgenommen werden. Auch das Wohnzimmer wurde neu eingerichtet.<sup>149</sup>

Den Bericht über die Reichstagswahlen vor dem Präsidium des EKKI am 28. Oktober 1930 gab Fritz Heckert.<sup>150</sup> Thälmann sprach – trotz seiner Erkrankung – am 23. Oktober auf dem Ohlsdorfer Friedhof zum Jahrestag des Hamburger Aufstandes<sup>151</sup> und am folgenden Tag auf einer Kundgebung der KPD zum gleichen Anlass in Hamburg bei Sagebiel.<sup>152</sup> Auch an dem Kampfaufmarsch der revolutionären Arbeiter zwei Tage später in Billstedt, dem ehemaligen Zentrum der Kämpfe von 1923, das damals noch Schiffbek hieß, nahm er teil und marschierte an der Spitze des Zuges. Auf der Abschlusskundgebung auf dem Billstedter Markt sprach er zu den Demonstranten.<sup>153</sup> Zum Jahrestag der Oktoberrevolution schrieb er einen Artikel für die Parteizeitungen<sup>154</sup> und sprach auf einer Revolutionsfeier auf der Vogelweide in Barmbek.<sup>155</sup>

Der Parteivorsitzende nahm auch nicht an der 2. Konferenz der RGO teil, die vom 15. bis 16. November 1930 in Berlin stattfand und auf der Grundlage der Beschlüsse des V. RGI-Kongresses den Aufbau Roter Gewerkschaften beschloss. Er richtete an den Kongress auch kein Grußschreiben. Wieweit Clara Zetkins Vorwurf an Thälmann berechtigt ist, wichtigen Entscheidungen auszuweichen und sich krank zu melden,<sup>156</sup> ist sehr schwer zu überprüfen. Doch Thälmanns Verhalten im Oktober und November 1930 kann als eine Demonstration gegen Beschlüsse im EKKI ausgelegt werden, gegen die er vergeblich angekämpft hatte. Auch kann der Verdacht nicht ausgeschlossen werden, dass Heinz Neumann in dieser

Situation versuchte, seinen Einfluss in der Parteiführung gegenüber Thälmann auszubauen.

Einen Tag nach der RGO-Konferenz sprach Thälmann in Bielefeld<sup>157</sup> und am 21. November auf einer Wahlversammlung in Bremen<sup>158</sup>. Am gleichen Tag nahm er erstmals wieder an einer Sekretariatssitzung teil, auf der die Vorbereitung zum Reichskongress der werktätigen Frauen beraten wurde.<sup>159</sup> Thälmann, der sich sehr dafür einsetzte mehr Arbeiterfrauen für die Partei zu gewinnen und sie stärker in den Klassenkampf an der Seite der Männer einzubeziehen, sagte jedoch ab, auf dem Kongress zu referieren. Es hieß, er habe seine Erkrankung noch nicht überwunden. Von Hamburg aus sandte er jedoch ein Begrüßungsschreiben an den Frauenkongress.<sup>160</sup>

Am 27. November tagte der Reichsverband der Deutschen Industrie, an dem auch Brüning teilnahm. Thyssen begrüßte nicht nur den Wahlsieg der Nazipartei, sondern forderte auch vom Reichskanzler, sofort Kontakt mit Hitler aufzunehmen. Der Reichsverband sprach der Brüning-Regierung sein Vertrauen für dessen Finanz- und Wirtschaftspolitik aus.<sup>161</sup> Danach hielt Brüning den Zeitpunkt für gekommen, am 1. Dezember seine erste Notverordnung zur »Sicherung von Wirtschaft und Finanzen« zu verkünden, mit der die Gehälter und Renten der Beamten gekürzt und die Bier-, Tabak- und Ledi-gensteuer erhöht wurden. Dagegen wurden den Unternehmern und Großagrariern durch Senkung der Umsatz-, Grund- und Gewerbesteuer wesentliche finanzielle Erleichterungen zugestanden.<sup>162</sup> Als das Sekretariat der KPD am gleichen Tag zusammentrat, berief es für den 5. Dezember eine Politbüro-Sitzung ein. Auf beiden Sitzungen wurden Maßnahmen gegen Brünings Diktaturpolitik beraten und die Reichstagsfraktion beauftragt, einen Antrag zur Aufhebung der Notverordnung einzubringen.<sup>163</sup> Am 6. Dezember wurde der Antrag der KPD mit den Stimmen der SPD abgelehnt.<sup>164</sup>

Das Sekretariat beschloss am 8. Dezember, den von Thälmann vorliegenden Artikel »Wir führen das Volk zum Sieg über die

faschistische Diktatur« in der gesamten Parteipresse und als Broschüre zu veröffentlichen.<sup>165</sup> Wenn Thälmann in diesem Artikel auch von einem – für uns aus der heutigen Sicht – undifferenzierten Begriff des Faschismus ausging, so hätte seine Warnung vor einer drohenden faschistischen Gefahr stärker hinterfragt werden sollen. Sie wäre angesichts der weitgehenden Ausschaltung des Reichstages, einer permanenten präsidialen Notverordnungs politik in der Gesetzgebung und der Kontakte des Kanzlers zur Hitler-Partei ebenso berechtigt gewesen, wie Thälmanns Einschätzung, dass mit dem Brüning-Kabinett das Anfangsstadium der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland begonnen habe.<sup>166</sup> Seine Schlussfolgerung, dass sich aus der Tolerierung der diktatorischen Politik Brünnings durch die SPD beim Kurs auf die Errichtung der faschistischen Diktatur eine Arbeitsteilung zwischen Nazis und SPD ergebe,<sup>167</sup> widersprach jedoch einer realistischen Analyse der Klassensituation. Sein Appell an den Mittelstand, gemeinsam mit der Arbeiterschaft, mit den Kleinbauern, Landpächtern und den christlichen Arbeitern gegen die Wucherprofite des Monopolkapitals, gegen Zollraubpolitik und Herabdrückung der Kaufkraft zu kämpfen, war eine Fortsetzung der Agitation mit dem »Programm zur nationalen und sozialen Befreiung«, die über die Taktik »Klasse gegen Klasse« hinaus darauf zielte, der Konsolidierung einer faschistischen Diktatur eine antifaschistische Einheitsfront entgegenzustellen. Die Agitation der KPD richtete sich auch gegen Bestrebungen im Finanzkapital, eine politische Diktatur mit dem Reichspräsidenten über einen Militärputsch zu errichten.<sup>168</sup>

Das Jahresende verbrachte Thälmann in Hamburg. Er sprach am 4. Januar 1931 in der Diskussion auf einer Delegiertenkonferenz der Hamburger Parteiorganisation.<sup>169</sup> In seiner Rede unterstützte er den von der RGO geführten Abwehrkampf von 75 000 Ruhrbergarbeitern gegen Massenentlassungen und Lohnabbau. Gegen die streikenden Arbeiter gingen Schutzpolizei und SA-Trupps Hand

in Hand mit reformistischen Gewerkschaftsfunktionären vor. Der KPD-Vorsitzende rief zur Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern auf und brandmarkte die Front der Streikbrecher. Die Polizei ermordete drei Arbeiter und verhaftete über 100 KPD-Funktionäre, während SPD-Funktionäre unter dem Schutz von SA- und Polizeieinheiten als Streikbrecher in die Schächte einfuhren. Mit einer am 9. Januar erlassenen Notverordnung für den Ruhrbergbau und einem für verbindlich erklärten Schiedsspruch wurde der Streik abgewürgt.<sup>170</sup> Den Reformisten gelang es, die RGO in Zugzwang zu bringen. Am 11. Januar gründeten die verbitterten Bergarbeiter eine zweite rote Gewerkschaft, den Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands.<sup>171</sup>

Nach Berlin zurückgekehrt, bereitete sich Thälmann mit seinen Mitarbeitern auf die vom Sekretariat am 4. Dezember 1930 beschlossene ZK-Sitzung vor.<sup>172</sup> Am 14. Januar 1931 legte er das Konzept seines Referats dem Sekretariat und dem anschließend tagenden Politbüro vor.<sup>173</sup> Das Zentralkomitee trat am folgenden Tag zusammen.<sup>174</sup> Es war die wichtigste Tagung der Parteiführung seit dem 12. Parteitag. Auf ihr mussten die durch die Wirtschaftskrise und infolge der faschistischen Bestrebungen im Monopolkapital eingetreten tiefgreifenden Veränderungen analysiert werden. Thälmann hielt dazu ein ausführliches Referat, in dem er die Notwendigkeit einer Fortsetzung der mit dem »Programm zur nationalen und sozialen Befreiung« eingeleiteten Taktik der Massenarbeit der Partei umfassend begründete. Das Referat enthielt mit der Losung über die Volksrevolution taktische Orientierungen, die Jahre später zur Volksfrontpolitik ausgearbeitet wurden. In seinen Gefängnisnotizen schrieb er dazu, dass es ihm bei dem Begriff »Volksrevolution« darauf ankam, für das Endziel der KPD das ganze Volk zu mobilisieren, alle Schichten anzusprechen, die »nicht zu den Volksausbeutern und Volksbetrügnern« gehörten, die Bauern und alle übrigen Werktätigen. Die ZK-Tagung sollte auf ein Volksbündnis zur Überwindung der Krise durch Aufhebung der kapitalistischen Grundwidersprüche orientieren.<sup>175</sup>

Thälmann analysierte die ökonomischen und politischen Verwerfungen als Folge der Auswirkungen der zerstörerischen Weltwirtschaftskrise. Er charakterisierte sie als eine zyklische Krise auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die eine politische Krise verursacht habe.<sup>176</sup> Als deren Erscheinungsformen benannte Thälmann die weitgehende Ausschaltung des Reichstages und die Notverordnungsdiktatur des Reichskanzlers, die er als Beginn der Faschisierung bezeichnete. Scharf prangerte er in diesem Zusammenhang die Hilfestellung der SPD für eine Politik an, die nicht nur die zunehmende Massenerwerbslosigkeit ignorierte, sondern über Notverordnungen einen staatlich gesteuerten Lohn- und Sozialraub betrieb. In der Senkung der Kaufkraft der Arbeiterklasse und der Verminderung der Einkommen der Kleinbauern und Landwirte zeige sich die unlösliche Verknüpfung der Young- und Dawesplan-Politik der Bourgeoisie mit der steigenden Verelendung der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands.

Diese Faktoren, so schätzte Thälmann ein, lösten zwar einen revolutionären Aufschwung in der Arbeiterklasse aus, doch diesem Aufschwung wirke eine zunehmende Faschisierung entgegen. Ihre Ursache sah der KPD-Vorsitzende in der Politik und dem Einfluss jener Gruppe des deutschen Monopolkapitals, die bestrebt sei, die Hitler-Partei in ihrem Sinne »zu erziehen«, damit sie regierungsfähig werde.<sup>177</sup> Er wies darauf hin, dass die Wechselwirkung der ökonomisch-politischen Gruppierungen zwar das Kräfteverhältnis der Klassen zueinander bestimmte, sich jedoch bei aller Schärfe der Gegensätze noch keine revolutionäre Situation herausgebildet habe.<sup>178</sup> Mit dieser Analyse kennzeichnete Thälmann den Faschismus als Hauptgefahr in der innenpolitischen Konstellation. Seiner Einschätzung nach unterstützte die Tolerierung der Notverordnungspolitik sowie der Brüning'schen Politik der Ausschaltung des Reichstages durch die SPD letztlich nur die faschistischen Kräfte um Hugenberg und Hitler.

Thälmann setzte sich in seiner Rede vor dem ZK der KPD deutlich von den Überspitzungen ab, die Heinz Neumann zu verant-

worten hatte, wies aber gleichzeitig die illusionäre Behauptung sozialdemokratischer Funktionäre zurück, wonach die Brüning-Regierung mit dem Faschismus nichts zu tun hätte. So zutreffend Thälmanns Einschätzungen im Grunde waren, sie gingen als Analyse nicht tief genug. Es gelang ihm nicht, das sich entwickelnde komplizierte Problem der politischen Konkurrenz innerhalb der herrschenden Klasse unter den Krisenauswirkungen zu erkennen. Seine Analyse der Klassenkräfte war nicht konsequent genug erarbeitet. Trotz

dieser Schwächen gelang es ihm dennoch, vereinfachende Vorstellungen über die proletarische Revolution zu überwinden. Aus seiner Einschätzung der innenpolitischen Situation, zog er die Schlussfolgerung, dass sich die KPD in den folgenden Kämpfen vorrangig auf die Schaffung einer umfassenden Volksbewegung konzentrieren und eine antifaschistische und antimonopolistische Bündnispolitik zur Abwehr des Faschismus verfolgen muss. Die Abwehr der faschistischen Gefahr war für Thälmann jedoch noch gleichbedeutend mit der Überwindung des Kapitalismus und eine antimonopolistische Volksrevolution blieb für ihn und die KPD weiterhin vor allem eine sozialistische, proletarische Revolution, in die alle



**KPD-Broschüre mit Thälmanns  
Rede vor dem ZK**